



Nr. ASB 07/06

**Niederschrift über die  
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und  
Bauen**

Sitzungsdatum: **Montag, den 19.06.2006**

Sitzungsort: **Technisches Rathaus, Industriestraße 1, Eingang E,  
Besprechungszone**

**Teilnahme:**

**Vorsitzende**

Frau Ursula Burdick SPD

**Ausschussmitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen und des  
Verkehrsausschusses**

Frau Andrea Ahrens	CDU
Herr Kurt Bernhardt	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Maria Bollerslev	SPD
Herr Manfred Drieling	CDU
Frau Else Hartmann	SPD
Frau Luzie Hille	SPD
Herr Gerd Hochmann	CDU
Herr Werner Kaps	SPD
Herr Hans-Jürgen Klarmann	CDU
Herr Nils Krummacker	FDP
Frau Anne Lück	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Susanne Martitz	SPD
Frau Susanne Menge	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Joachim Mühlbradt	SPD
Herr Rolf-F. Müller	CDU
Herr Alfred Nehring	SPD
Frau Sibylle Neumann-Gäßler	SPD
Herr Dr. Georg Wilhelm Niewerth	CDU
Herr Michael Rosenkranz	CDU
Herr Andreas Siek	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Ralf Thole	SPD

**Grundmandat**

Herr Hans-Henning Adler Linkspartei

## beratende Mitglieder des Verkehrsausschusses

Frau Rosemarie Deckarm  
Herr Gernot Lucks  
Herr Heinz Meyer  
Herr Karl-Heinz Weiß

## von der Verwaltung

Herr Oberbürgermeister Dietmar Schütz  
Herr Stadtbaurat Dr. Frank-Egon Pantel  
Frau Elke Wicherts  
Herr Hans-Joachim Schatke  
Herr Bernd Ebeling  
Herr Siegfried Preuße  
Herr Carsten Schoch  
Frau Maren van der Spek

## Protokollführer/in

Frau Tanja Giebe

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr  
Sitzungsende: 20:18 Uhr

## Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 05/06 (öffentlicher Teil) vom 18.05.06
- 4 Vorhabenbezogene Bebauungspläne Nr. 18 a - c (Schlossplatz/Berliner Platz)
  - 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 a (Schlossplatz/Berliner Platz) 06/0188  
Abschluss eines Durchführungsvertrages
  - 4.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 a (Schlossplatz/Berliner Platz - ECE) mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften 06/0400  
- Prüfung der Stellungnahmen  
- Satzungsbeschluss
  - 4.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 b (Schlossplatz/Berliner Platz) 06/0189  
Abschluss eines Durchführungsvertrages
  - 4.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 b (Schlossplatz/Berliner Platz - LzO) mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften 06/0401  
- Prüfung der Stellungnahmen  
- Satzungsbeschluss
  - 4.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 c (Schlossplatz/Berliner Platz) 06/0190  
Abschluss eines Durchführungsvertrages

4.6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 c (Schlossplatz/Berliner Platz - BLB) - Prüfung der Stellungnahmen - Satzungsbeschluss	06/0402
5	Umgestaltung Burgstraße und Abraham - Bericht	06/0416
6	Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder	
6.1	Werbeanlagen am ECE-Einkaufscenter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.06.06)	
7	Information über besondere Bauvorhaben	
8	Beantwortung von Anfragen	
9	Verschiedenes	

## Öffentlicher Teil

### zu 1      **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende des federführenden Ausschusses für Stadtplanung und Bauen eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder beider Ausschüsse und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### zu 2      **Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)**

Der Grundmandatsinhaber der Linkspartei beantragt die Vertagung der Tagesordnungspunkte 4. insgesamt wegen der Beanstandung des Kaufpreises im Zusammenhang mit der anhängigen Beschwerde bei der EU-Kommission.

Der Oberbürgermeister erwidert hierzu, dass der Kaufpreis geändert werde, wenn diese Beanstandung greife.

Ein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beanstandet die Nichtabwägung von insgesamt 45 Postkarten, die nicht angemessen berücksichtigt worden seien. Auf dieser Basis sei keine Entscheidung möglich.

Die Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung um Stellungnahme zu den vorgeannten Punkten.

Die Verwaltung erwidert, dass die eingereichten Stellungnahmen gewissenhaft abgewogen worden seien. Das Verfahren sei insgesamt ordentlich abgewickelt worden.

Ein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beanstandet, dass die Verwaltung abgelehnt habe, die Stellungnahmen im Original vorzulegen. Dies sei erst verspätet erfolgt. Zudem übergab es eine Liste von vermeintlichen Abwägungsfehlern an die Verwaltung.

Die Verwaltung wird die beanstandeten Vorgänge prüfen und zur Ratssitzung dazu Stellung nehmen. Es wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass die Originalstellungen bei Bedarf unverzüglich der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verfügung gestellt worden seien.

Danach wurde über den Vertagungsantrag abgestimmt. Dieser wurde bei 5 Gegenstimmen zurückgewiesen.

Danach erfolgte die Abstimmung über die Tagesordnung. Diese wurde mehrheitlich angenommen.

**zu 3      Genehmigung der Niederschrift Nr. 05/06 (öffentlicher Teil)  
vom 18.05.06**

Ein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet um Änderung des Protokolls zu Tagesordnungspunkt 15.3. Es wird folgende Protokolländerung nach Satz 1 beantragt:

"Die Gestaltungssatzung verhindere die im Antrag genannten und befürchteten Werbeanlagen am ECE-Einkaufscenter. Die Verwaltung legt bis zur Sitzung am 19.06.2006 eine entsprechende Vorlage vor."

Die Verwaltung sagt zu, das Protokoll entsprechend der Änderungswünsche abzuändern.

Anmerkung:

Zusammen mit dem Protokoll vom ASB 06/06 vom 01.06.2006 wird eine Austauschseite 13 übersandt. Diese enthält die von dem Fraktionsmitglied beantragten Änderungen.

Danach erfolgte die Abstimmung über das Protokoll. Das Abstimmungsergebnis war einstimmig.

**zu 4      Vorhabenbezogene Bebauungspläne Nr. 18 a - c (Schlossplatz/Berliner Platz)**

Über die Tagesordnungspunkte 4.1 bis 4.6 wurde gemeinsam beraten. Die Tagesordnungspunkte 4.2, 4.4 und 4.6 wurden im Folgenden vom Ausschuss für Stadtplanung und Bauen getrennt abgestimmt. Über die Tagesordnungspunkte 4.1, 4.3 und 4.5 erfolgte keine Abstimmung. Diese Tagesordnungspunkte wurden den Mitgliedern des Verkehrsausschusses lediglich zur Kenntnis gegeben.

Ein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beanstandet die von der Verwaltung gewählte Verfahrensweise, Stellungnahmen zusammenzufassen und diese bei inhaltsgleichen Äußerungen auch gemeinsam abzuwägen. Es hält diese Verfahrensweise für ein Erschwernis im Verfahren. Im Folgenden verweist es noch einmal auf die bereits zur Tagesordnung genannten, seiner Meinung nach fehlerhaften Abwägungen der Postkarten sowie weiterer Abwägungen und übergibt der Verwaltung eine seiner Meinung nach beispielhafte Abwägung, die so in Braunschweig erfolgt sei. Zusätzlich übergibt es eine Liste der vorgenannten fehlerhaften Abwägungen.

Protokollnotiz:

*Die Überprüfung der Angelegenheit hat ergeben, dass tatsächlich einige Stellungnahmen fehlerhaft zugeordnet waren. Dies wurde zur Sitzung des Verwaltungsausschusses/des Rates am 26.06.2006 korrigiert.*

Die Verwaltung erläutert, es handele sich um ein besonderes Bebauungsplanverfahren. Die Zusammenfassung solle den Ausschussmitgliedern bei der Beurteilung der großen Zahl von Einwendungen helfen. Die Detaillierung der Einwendun-

gen sei sehr unterschiedlich. Die einzelnen Stellungnahmen seien differenziert und gewissenhaft geordnet worden. Das Verfahren sei von einem Planungsbüro bearbeitet worden und solle eine Lesehilfe für die Ausschussmitglieder darstellen. Jede einzelne Einwendung sei berücksichtigt worden und jeder Einwender werde eine Antwort der Verwaltung auf seine Einwendung erhalten. Es müsse jedoch vorab zunächst die politische Entscheidung über die vorhabenbezogenen Bebauungspläne erfolgen. Es wurde unterstrichen, dass bis auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN niemand Probleme mit der gewählten Verfahrensweise gehabt habe. Zudem sei die Abwägung aufgrund der vollständigen Einwendungen und nicht aufgrund der Kurzfassungen erfolgt.

Danach stellte die Verwaltung das Projekt anhand der Power-Point-Präsentation vor. Es beginnt mit dem Modellfilm zur Verdeutlichung der Dimensionen des Projektes. Im Folgenden wird auf Einzelaspekte aus der Abwägung eingegangen, wobei darauf hingewiesen wird, dass nicht alle Details genannt werden könnten. Insbesondere sei es nicht möglich, die Argumente alle im Einzelnen zu erläutern.

Im Folgenden wurden einzelne konkrete Fragen erörtert.

Der Grundmandatsinhaber der Linkspartei bezieht sich auf die zusätzlichen Verkaufsflächen zum Bebauungsplan 18 c, die im Bereich der Häusing der Bremer Landesbank geschaffen werden. Er bittet um Stellungnahme, ob hier zusätzliche Verkaufsflächen entstünden.

Die Verwaltung bestätigt diesen Umstand und weist darauf hin, dass die Häusing getrennt vom ECE-Vorhaben organisiert werde. Die Gesamtfläche, die hier möglich sei, sei auf 900 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche zu beziffern.

Ein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt bei der Verwaltung nach, warum jetzt geänderte Vorlagen zu Tagesordnungspunkt 4.2, 4.4 und 4.6 vorgelegt würden. Zudem sei nicht nachvollziehbar, warum die Einwendungen von Horten erst jetzt als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben würden.

Die Verwaltung erläutert, dass die Stellungnahmen von Horten und der Bremer Landesbank bis zum Satzungsbeschluss zurückgenommen werden sollten. Eine Rücknahme sei bisher nicht erfolgt. Bezüglich der Bremer Landesbank solle dies erfolgen, wenn der Durchführungsvertrag geschlossen sei. Bezüglich der Vorlagen wurde ausgeführt, dass vor dem ersten Satz der Beschlussvorschläge aller Vorlagen jeweils ein Satz ergänzt worden sei, der besage, dass die vorgebrachten Stellungnahmen lt. Anlage geprüft würden.

Ein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt, ob mit dem Thema offen genug umgegangen werde und beanstandet, dass die Stellungnahme der CIMA zur Verträglichkeit des ECE ihm erst am Sitzungstag zur Verfügung gestellt worden sei.

Der Oberbürgermeister erwidert, dass die Verträglichkeit in der Arbeitsgruppe Einzelhandels-Entwicklungskonzept erörtert worden sei, der das fragende Fraktionsmitglied auch angehöre. Zudem handele es sich bei der Stellungnahme der CIMA, wie alle Unterlagen, die die Verwaltung hier als Hilfestellung für das Verfahren benötige, um Unterlagen, die den Fraktionen auf Anforderung zur Verfügung gestellt würden.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass sie an dieser Veranstaltung am 11.05.2006 selbst teilgenommen habe und dass die Inhalte dort vorgestellt worden seien.

gen sei sehr unterschiedlich. Die einzelnen Stellungnahmen seien differenziert und gewissenhaft geordnet worden. Das Verfahren sei von einem Planungsbüro bearbeitet worden und solle eine Lesehilfe für die Ausschussmitglieder darstellen. Jede einzelne Einwendung sei berücksichtigt worden und jeder Einwender werde eine Antwort der Verwaltung auf seine Einwendung erhalten. Es müsse jedoch vorab zunächst die politische Entscheidung über die vorhabenbezogenen Bebauungspläne erfolgen. Es wurde unterstrichen, dass bis auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN niemand Probleme mit der gewählten Verfahrensweise gehabt habe. Zudem sei die Abwägung aufgrund der vollständigen Einwendungen und nicht aufgrund der Kurzfassungen erfolgt.

Danach stellte die Verwaltung das Projekt anhand der Power-Point-Präsentation vor. Es beginnt mit dem Modellfilm zur Verdeutlichung der Dimensionen des Projektes. Im Folgenden wird auf Einzelaspekte aus der Abwägung eingegangen, wobei darauf hingewiesen wird, dass nicht alle Details genannt werden könnten. Insbesondere sei es nicht möglich, die Argumente alle im Einzelnen zu erläutern.

Im Folgenden wurden einzelne konkrete Fragen erörtert.

Der Grundmandatsinhaber der Linkspartei bezieht sich auf die zusätzlichen Verkaufsflächen zum Bebauungsplan 18 c, die im Bereich der Häusing der Bremer Landesbank geschaffen werden. Er bittet um Stellungnahme, ob hier zusätzliche Verkaufsflächen entstünden.

Die Verwaltung bestätigt diesen Umstand und weist darauf hin, dass die Häusing getrennt vom ECE-Vorhaben organisiert werde. Die Gesamtfläche, die hier möglich sei, sei auf 900 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche zu beziffern.

Ein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt bei der Verwaltung nach, warum jetzt geänderte Vorlagen zu Tagesordnungspunkt 4.2, 4.4 und 4.6 vorgelegt würden. Zudem sei nicht nachvollziehbar, warum die Einwendungen von Horten erst jetzt als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben würden.

Die Verwaltung erläutert, dass die Stellungnahmen von Horten und der Bremer Landesbank bis zum Satzungsbeschluss zurückgenommen werden sollten. Eine Rücknahme sei bisher nicht erfolgt. Bezüglich der Bremer Landesbank solle dies erfolgen, wenn der Durchführungsvertrag geschlossen sei. Bezüglich der Vorlagen wurde ausgeführt, dass vor dem ersten Satz der Beschlussvorschläge aller Vorlagen jeweils ein Satz ergänzt worden sei, der besage, dass die vorgebrachten Stellungnahmen lt. Anlage geprüft würden.

Ein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt, ob mit dem Thema offen genug umgegangen werde und beanstandet, dass die Stellungnahme der CIMA zur Verträglichkeit des ECE ihm erst am Sitzungstag zur Verfügung gestellt worden sei.

Der Oberbürgermeister erwidert, dass die Verträglichkeit in der Arbeitsgruppe Einzelhandels-Entwicklungskonzept erörtert worden sei, der das fragenstellende Fraktionsmitglied auch angehöre. Zudem handele es sich bei der Stellungnahme der CIMA, wie alle Unterlagen, die die Verwaltung hier als Hilfestellung für das Verfahren benötige, um Unterlagen, die den Fraktionen auf Anforderung zur Verfügung gestellt würden.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass sie an dieser Veranstaltung am 11.05.2006 selbst teilgenommen habe und dass die Inhalte dort vorgestellt worden seien.

Sachargumente zu belegen. Für andere Pläne habe sich trotz intensiver Bemühungen kein Investor gefunden.

Ein Mitglied der CDU-Fraktion sieht den Bereich, in dem dieses Projekt realisiert werden solle, als sehr sensibel an. Es bemerkt, der Wind habe sich bezüglich dieses Projektes mittlerweile gedreht. Zudem seien nicht alle Aspekte in diesem Verfahren gut gelöst worden. Insbesondere sei die verkehrliche Lösung nicht optimal. Das Projekt bedürfe weiterer Veränderungen.

Die Ausschussvorsitzende bittet das Mitglied der CDU-Fraktion, die notwendigen Veränderungen zu konkretisieren.

Das Mitglied der CDU-Fraktion will dies nicht weiter ausführen und unterstreicht noch einmal, dass das Projekt in der vorliegenden Form nicht realisiert werden solle.

Das Mitglied der FDP-Fraktion findet die gewählte Form der Abwägung gelungen und hält das gewählte Verfahren für einen gangbaren Weg. Es verweist auf einen Vortrag eines Fachmanns aus dem vergangenen Jahr, der die Errichtung von Einkaufsmalls als Zukunftsprojekte benannt habe und sie als Chance zur Entwicklung der Städte sehe.

Er verstehe nicht, warum die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich nicht mehr an die in der Arbeitsgruppe Einzelhandels-Entwicklungskonzept vorgestellten Inhalte erinnere.

Seine Fraktion habe dieses Thema bereits in der vergangenen Ratsperiode positiv begleitet und sich frühzeitig um einen Konsens bemüht. Die Erkenntnisse aus dem Einzelhandels-Entwicklungskonzept seien in der Fraktion bekannt und dort beraten worden.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion verweist auf die Entwicklung der Stadt, die derzeit bereits über 150 000 Einwohner habe und sich für die künftigen Veränderungen wappnen müsse. Es habe genug Informationen über das Projekt gegeben, so dass die vorliegenden Beschlussvorlagen unverzüglich bearbeitet werden könnten.

Ein Mitglied der CDU-Fraktion zeigt sich beeindruckt über die Vielzahl von Einwendungen, die ein großes Interesse der Bürger an diesem Projekt widerspiegeln. Diese nicht zu berücksichtigen, werde der Sache nicht gerecht. Es habe als Vertreter seiner Fraktion auch an dem Prozess der Einzelhandel-Entwicklungskonzeptes teilgenommen und kenne von daher die dort vorgestellten Zahlen. Es verweist ausdrücklich darauf, dass die Umsätze im Einzelhandel seit 10 Jahren rückläufig seien und durch alle neuen Projekte, also auch durch dieses, weitere Verdrängungsprozesse initiiert würden.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass Wunschträume durch keinen Investor zu finanzieren seien. Er verweist darauf, dass die Verdrängungsquote, die ermittelt worden sei, nur in einem Sortimentsbereich 10 % betrage, in allen anderen Bereichen sei diese bei 3 - 4 %. Es sei notwendig, die Kraft der Innenstadt zu erhalten und darüber heute zu entscheiden.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion unterstreicht diese Äußerungen und betont, dass ECE sei eine Chance für Oldenburg. Die wachsende Stadt müsse auch neuen Bürgern Arbeitsplätze bieten können.



Die Verwaltung erläutert noch einmal, dass eine Tiefgaragenlösung in diesem Bereich aufgrund der Lage neben dem Schloss nicht möglich sei. Zudem sei nicht nachvollziehbar, warum ständig über eine höhere oder eine geringere Anzahl an notwendigen Stellplätzen diskutiert werde. Eine möglicherweise von der ECE zu zahlende Ablösesumme für fehlende Parkplätze werde zur Schaffung weiterer Parkplätze an anderer Stelle verwendet.

Der Oberbürgermeister verweist noch einmal auf den Umstand, dass sich für den Bau einer Tiefgarage unter dem Schlossplatz aus finanziellen und denkmalpflegerischen Gründen kein Investor finden lasse.

Der Oberbürgermeister erläutert im Folgenden, die Stellplatzverordnung gelte für alle Projekte, die Anzahl der Stellplätze für dieses Projekt sei genauso zu bemessen wie für alle anderen Projekte und Bauvorhaben in der Stadt.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Rednerliste. Im Folgenden wurde über die Tagesordnungspunkte abgestimmt.

**zu 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 a (Schlossplatz/  
Berliner Platz)  
Abschluss eines Durchführungsvertrages  
Vorlage: 06/0188**

Vom Verkehrsausschuss zur Kenntnis genommen.

Danach erfolgte die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6.1.

**zu 6.1 Werbeanlagen am ECE-Einkaufscenter (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN vom 02.06.06)**

Zunächst erfolgte eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der auf Tagesordnungspunkt 6.1 gesetzt war. Dieser Antrag wurde durch 6 Gegenstimmen bei 3 Enthaltungen zurückgewiesen.

**zu 4.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 a (Schlossplatz/  
Berliner Platz - ECE) mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften  
- Prüfung der Stellungnahmen  
- Satzungsbeschluss  
Vorlage: 06/0400**

Beschluss:

Die vorgebrachten Stellungnahmen werden lt. Anlage einschließlich der Stellungnahme der Firma Horten (Nr. 773) und ausschließlich der Stellungnahme der BLB geprüft.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 18 a für Flächen im Bereich Schlossplatz/Berliner Platz, Mühlenstraße und Poststraße wird als Satzung mit Begründung auf der Basis der vorgelegten Tischvorlage beschlossen.

Mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

Die Verwaltung erläutert noch einmal, dass eine Tiefgaragenlösung in diesem Bereich aufgrund der Lage neben dem Schloss nicht möglich sei. Zudem sei nicht nachvollziehbar, warum ständig über eine höhere oder eine geringere Anzahl an notwendigen Stellplätzen diskutiert werde. Eine möglicherweise von der ECE zu zahlende Ablösesumme für fehlende Parkplätze werde zur Schaffung weiterer Parkplätze an anderer Stelle verwendet.

Der Oberbürgermeister verweist noch einmal auf den Umstand, dass sich für den Bau einer Tiefgarage unter dem Schlossplatz aus finanziellen und denkmalpflegerischen Gründen kein Investor finden lasse.

Der Oberbürgermeister erläutert im Folgenden, die Stellplatzverordnung gelte für alle Projekte, die Anzahl der Stellplätze für dieses Projekt sei genauso zu bemessen wie für alle anderen Projekte und Bauvorhaben in der Stadt.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Rednerliste. Im Folgenden wurde über die Tagesordnungspunkte abgestimmt.

**zu 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 a (Schlossplatz/  
Berliner Platz)  
Abschluss eines Durchführungsvertrages  
Vorlage: 06/0188**

Vom Verkehrsausschuss zur Kenntnis genommen.

Danach erfolgte die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6.1.

**zu 6.1 Werbeanlagen am ECE-Einkaufscenter (BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN vom 02.06.06)**

Zunächst erfolgte eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der auf Tagesordnungspunkt 6.1 gesetzt war. Dieser Antrag wurde durch 6 Gegenstimmen bei 3 Enthaltungen zurückgewiesen.

**zu 4.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 a (Schlossplatz/  
Berliner Platz - ECE) mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften  
- Prüfung der Stellungnahmen  
- Satzungsbeschluss  
Vorlage: 06/0400**

Beschluss:

Die vorgebrachten Stellungnahmen werden lt. Anlage einschließlich der Stellungnahme der Firma Horten (Nr. 773) und ausschließlich der Stellungnahme der BLB geprüft.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 18 a für Flächen im Bereich Schlossplatz/Berliner Platz, Mühlenstraße und Poststraße wird als Satzung mit Begründung auf der Basis der vorgelegten Tischvorlage beschlossen.

Mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

**zu 4.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 b (Schlossplatz/  
Berliner Platz)  
Abschluss eines Durchführungsvertrages  
Vorlage: 06/0189**

Vom Verkehrsausschuss zur Kenntnis genommen.

**zu 4.4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 b (Schlossplatz/  
Berliner Platz - LzO) mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften  
- Prüfung der Stellungnahmen  
- Satzungsbeschluss  
Vorlage: 06/0401**

Beschluss:

Die vorgebrachten Stellungnahmen werden lt. Anlage einschließlich der Stellungnahme der Firma Horten (Nr. 773) und ausschließlich der Stellungnahme der BLB geprüft.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 18 b für Flächen im Bereich Schlossplatz/Berliner Platz wird als Satzung mit Begründung auf der Basis der vorgelegten Tischvorlage beschlossen.

Mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

**zu 4.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 c (Schlossplatz/  
Berliner Platz)  
Abschluss eines Durchführungsvertrages  
Vorlage: 06/0190**

Vom Verkehrsausschuss zur Kenntnis genommen.

**zu 4.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 c (Schlossplatz/  
Berliner Platz - BLB)  
- Prüfung der Stellungnahmen  
- Satzungsbeschluss  
Vorlage: 06/0402**

Beschluss:

Die vorgebrachten Stellungnahmen werden lt. Anlage einschließlich der Stellungnahme der Firma Horten (Nr. 773) und ausschließlich der Stellungnahme der BLB geprüft.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 18 c für Flächen im Bereich Markt/Häusing wird als Satzung mit Begründung auf der Basis der vorgelegten Tischvorlage beschlossen.

Mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen.

**zu 5 Umgestaltung Burgstraße und Abraham  
- Bericht  
Vorlage: 06/0416**

Die Verwaltung stellt beiden Ausschüssen die Planung für den Straßenausbau im Sanierungsgebiet Burgstraße anhand der Vorlage und der Power-Point-Präsentation vor und verweist noch einmal auf das Sanierungsziel, in diesem Bereich Wegeverbindungen zu schaffen. Der Straßenentwurf orientiere sich an der historischen Situation. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger würden im Rahmen einer Bürgerversammlung weitergehend informiert.

Ein Mitglied der CDU-Fraktion bittet darum, eine Musterpflasterung im Rahmen der Bürgerversammlung vorzustellen.

Ein Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt nach, ob von vornherein geplant gewesen sei, das Pflaster aus der Donnerschweer Straße wieder zu verwenden.

Dies wird von der Verwaltung bestätigt. Es sei bereits Bestandteil der Ausschreibung für die Donnerschweer Straße gewesen.

**zu 6 Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder**

**zu 6.1 Werbeanlagen am ECE-Einkaufscenter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.06.06)**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach TOP 4.1 behandelt.

**zu 7 Information über besondere Bauvorhaben**

Es liegen keine besonderen Bauvorhaben vor.

**zu 8 Beantwortung von Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.